

233. ~~702~~

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Miesau.  
25. Jahrg. Wien, Montag, 31. Mai 1915. Nr. 202.

Die Tätigkeit der Brotkommissionen. Als es Mitte März 1915 feststand, daß in Niederösterreich die Brot- und Mehlkarte baldigst zur Einführung gelangen sollte, ist die Gemeinde Wien sofort an die Schaffung eines Planes geschritten, durch welchen die für die Zweimillionenstadt bestmögliche Durchführung dieser Neuordnung verbürgt werden sollte. Es wurde bestimmt, daß Wien bezirkweise in rund 400 Sprengel eingeteilt werde, für welche je eine Brotkommission zu schaffen sei. Zur Dienstleistung in den Brotkommissionen wurde die städtische Lehrerschaft berufen, welche sich bereits bei der Aufnahme des Vorrates von Getreide- und Mehlprodukten und dem statistischen Verarbeiten des gewonnenen Materiales trefflich bewährt hatte. Nachdem die Bezirksschulinspektoren sich selbst in der kürzesten Zeit mit der weitverzweigten neuen Tätigkeit, die den Lehrpersonen zu leisten bevorstand, vertraut gemacht hatten, nahmen sie es in Anerkennung der Notwendigkeit der neuen Einrichtung auf sich, für jede Kommission einen Obmann zu bestimmen und diesen genau zu instruieren, worauf die Obmänner den in gleicher Weise von ihnen bestimmten Kommissions-Mitgliedern die nötigen Aufklärungen gaben. Am 7. April konnten die Kommissionen, durch die Geschäftsordnung, Anleitungen und Weisungen ihrer Aufgaben bewußt, ihre Tätigkeit aufnehmen.

Um 7 Uhr morgens erschienen die ersten Haushaltungsvorstände, legitimiert durch den Meldezettel vor den Kommissionen und gaben dort ihre „Erklärungen“ über den im Haushalte vorhandenen Mehl- und Getreidevorrat und über die Zahl der verköstigten und nicht verköstigten Wohnungsgenossen ab. In jedem einzelnen Falle wurde seitens der Lehrpersonen die nötige Berechnung angestellt, ob und für wie lange geminderte Brotkarten oder volle Brotkarten zuzuteilen seien; das Ergebnis wurde vorgemerkt und die entsprechende Anzahl Brotkarten ausgefolgt. Als am 11. April die Brotkarte in Kraft trat, herrschte Ruhe und Ordnung. Dank dem Durchführungsplan, der Lehrerschaft und der Wiener Bevölkerung, die sich in tadelloser Weise an die gegebenen Anordnungen hielt, war die neue Einrichtung klaglos ins Leben getreten, die jede Haushaltung, jeden einzelnen Bewohner mächtig berührt. Es waren 1.635.442 volle und 359.671 geminderte Brotkarten zur Ausgabe gelangt. Um der Bevölkerung den wöchentlichen Weg zu den Brotkommissionen zu ersparen, und den stark reduzierten Schulunterricht in weit erhöhtem Ausmaße wieder aufnehmen zu können, wurde noch in der ersten Brotwoche zur Häuserweisen Behebung der Brotkarten mittels Hausliste geschritten, welche Einführung sich gleichfalls gut bewährte. Während in der ersten Zeit die Tätigkeit in den Brotkommissionen

von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends ununterbrochen sich erstreckte, konnten nunmehr die Amtsstunden wesentlich reduziert werden.

Neben den stets wiederkehrenden Arbeiten behufs Beteiligung der Haushaltungen mit den Brotkarten und der Aufzeichnung der von den Gewerbetreibenden allwöchentlich zur Abgabe zu bringenden Kartenabschnitte, haben die Kommissionen noch viele Berechnungen und Vormerkungen zu machen, wenn Parteien übersiedeln, eine Vermehrung oder Verminderung im Haushalte eintritt, Parteien zum Sommeraufenthalte die Stadt verlassen, etc. Vielfache neue Arbeit ist den Kommissionen mit der Durchführung der Statthalterei-Verordnung bezüglich der Abgabe der Mehrvorräte oder der Entziehung der Brotkarte mit dem 30. Mai d.J. und der Ueberrahme ersparter Brotkarten sowie der Vormerkung der Dauer-Verzichtsleistungen auf Brotkartenteile zu Gunsten Zuschußbedürftiger erwachsen. Auch die Aufnahme der Hafervorräte und die Anzeige über die Pferdezahl fand am 21. Mai d.J. bei den Brotkommissionen statt. Die durch den Obmann wöchentlich zu erfolgende Abrechnung über die erhaltenen und verausgabten vollen oder geminderten Brotkarten, ferner über die von den Gewerbetreibenden eingesendeten Kartenabschnitte sowie die Instandhaltung und Ergänzung des für jeden Haushalt anzulegenden Evidenzblattes erheischt Zeit, Genauigkeit und Umsicht. Die Brotkommissionen haben sich in Wien rasch eingebürgert; sie sind heute eine vielgenannte, vielgesuchte behördliche Amtsstelle, die sich ihrer Aufgabe zum Wohle der Stadt und des Staates voll bewußt ist, sich dieser Aufgabe hingibt und von der Bevölkerung auch dankbar anerkannt wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat wiederholt die Gelegenheit wahrgenommen, den Wiener Lehrer und Lehrerinnen seinen Dank und seine vollste Anerkennung für die Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten im Dienste der Allgemeinheit auszusprechen.

Die Lehrer und die Kriegaanleihe. Abgesehen von zahlreichen Einzelzeichnungen in verschiedener Höhe hat die Lehrerschaft der Bezirke XIII, XIV und XV gemeinsam noch den Betrag von K 80.000 Kriegaanleihe beim Wiener Bankverein angemeldet.

Ein tapferer Künstler. Der Kaiser hat dem Leutnant i. d. R. Wilhelm Fraß in Anerkennung tapferen Verhaltens vor dem Feinde das Militärverdienstkreuz dritter Klasse mit der Kriegedekoration verliehen. Fraß ist einer unserer begabtesten jüngeren Bildhauer, der als Schüler Prof. v. Helmer bei seinem Abgang von der Akademie mit dem Rompreis für 1914 ausgezeichnet wurde.

Anzeigepflicht bestimmter Betriebsanrichtungen aus Metallen. Mit Ministerialverordnung vom 19. April 1915 wurde die Pflicht zu Anzeige von nicht in Benützung stehenden Betriebsanrichtungen, die ganz oder zum Teile aus bestimmten Metallen bestehen, angeordnet. Das Ergebnis dieser Verordnung war in einzelnen Bezirken ein minimales. Nachdem zufolge der Äußerung des Mark Markantes Kaffeessieder und Kaffeeschänker mit ihren Kupferschirren, ein großer Teil der größeren Wirtschaftsbetriebe, die Wäschereien, die Brauereien und fast alle Fabriken in Betracht kommen dürften, ist bei der großen Anzahl von Betrieben dieser Art nicht anzunehmen, daß sich der Anzeigerstand mit dem tatsächlichen Vorhandensein anzeigepflichtiger Gegenstände deckt und ist vielmehr die Unkenntnis der in Betracht kommenden Unternehmer von den neuen Bestimmungen als wahrscheinlicher Grund für das Fehlen weiterer Anzeigen anzusehen. Nachdem weiter bei der derzeitigen Ueberlastung der Marktanteileilungen eine Nachschau von Betrieb zu Betrieb bisher untunlich war, wird zur Vermeidung der gesetzlichen Straffolgen auf die bestehende Anzeigepflicht aufmerksam gemacht.

Bezirksvertretung Wieden. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung nach einem Berichte des StR. Schmid die Wahl des Friedrich Keller zum Bezirksvorsteher-Stellvertreter des 4. Bezirkes bestätigt.

Beim Gemeindevermittlungsausschusse Marienhilf finden im kommenden Monate an jedem Mittwoch, d. i. am 2., 9., 16., 23. und 30. Juni Verhandlungen statt.